

## Zur politischen Ökonomie des Treibstoffs

### ÖL - PREIS - PROFIT

5 Kaum fällt der Ölpreis, hat es jeder immer schon gewußt: Gegen “die Marktkräfte” war dieser Preis nicht zu halten. Mit ziemlich unverhohlener Begeisterung wird von den OPEC-Konferenzen berichtet, wo die Scheichs sich mal wieder nicht einigen können und einigermaßen fassungslos vor dem Preisverfall ihres staatslebenswichtigen Exportgutes sitzen. Übrigens dieselben Scheichs, die vor noch nicht allzulanger Zeit “die Marktkräfte” dreist ignorierten und den Preis der sich jetzt vor ihren Augen selbständig macht “künstlich” hochhielten. Das seit 13 Jahren aufgeführte Bauernfängertheater “Die Macht der Scheichs” hat seinen Titel um “... und Ohnmacht” erweitert. Der Bürger der westlichen Hemisphäre darf sich daran ergötzen, wie “die Marktkräfte” die “wir” immer dann gepachtet haben, wenn sie “uns” gut gefallen es denen ordentlich gegeben haben: Die Bohrtürme wachsen auch nicht in den Himmel...

15 Kapitalistische Ökonomie ist aber mit moralischer Erbauung nun mal nicht zu verwechseln, auch wenn sie dafür ein solides Fundament abgibt. Wenn die “politische Macht” der Ölscheichs den Preis hochgesetzt haben soll, warum halten sie ihn dann nicht einfach hoch? Wenn “die Marktkräfte” fürs Senken des Preises zuständig sind, warum hielten sie sich dann 13 Jahre lang so bedeckt? Genau so blödsinnig ist die Gleichsetzung von ‚tief = brav‘ und ‚hoch = böse‘ oder “gut für Wirtschaft” und “schlecht für Wirtschaft”. Da muß schon sehr an eine Benzinmädchenrechnung appelliert werden, wo man sich mit der Tankstellenerfahrung die kapitalistische Ökonomie erklären soll. Von 2 Dollar auf 35 ist der Barrel-Preis gestiegen und jetzt auf etwa 10 Dollar heruntergesaut, und das soll immer dasselbe gewesen sein wie “Wirtschaft ruiniert/prosperiert”?

25 Wenn man wissen will, wer den Ölpreis *macht* und wie er *wirkt*, muß man sich schon fragen, welche ökonomischen Interessen hinter den “Marktkräften” stecken und worin der politische Einfluß der Ölstaaten auf den Preis besteht.

#### **Rohstoff mit Monopolpreis**

30 Zum Ölpreis kursiert die Behauptung, es handele sich um einen “politischen Preis”. Daran ist richtig, daß seine Festlegung nicht denselben Gesetzmäßigkeiten folgt, die den Preis der Waren bestimmen, mit denen Kapitalisten gegeneinander konkurrieren, und daß zumindest die Berücksichtigung von Staatszwecken in ihn eingeht. Falsch ist jedoch die zugleich implizierte Behauptung, dieser Preis sei gänzlich unökonomisch bestimmt, verdanke sich dem politischen Willen derer, die das politische Monopol auf die Quellen haben. Der (theoretische) Volkszorn gegen die Ölscheichs mag mittlerweile ein wenig in den Hintergrund getreten sein - er beißt sich ja auch mit den blendenden Beziehungen, die “wir” zur Zeit mit ihnen pflegen -, aber unausrottbar bleibt trotzdem die Vorstellung, sie würden aus ihren Kalkulationen heraus (der Verdacht der “Geldgier” ist altbekannt und pflegeleicht) den Ölpreis festsetzen. Und nicht einmal durch die jetzige, hämisch kommentierte “Festsetzung”, bei der der Preis dauernd *fällt*, läßt sich diese Vorstellung beirren - lieber versteigt sie sich zu dem kühnen Gedankenexperiment, die Scheichs

40

würden den Preis jetzt drücken - dann fahren "wir" erst recht aufs Öl ab, dann können sie "uns" wieder mit einem hohen Preis...

5 Folgende Ausführungen aus MARXISTISCHE GRUPPE "Imperialismus 3, Reihe Resultate" beschäftigen sich mit afrikanischen Rohstoffländern. Ob der Rohstoff nun aber Holz, Sojaöl oder Magnesium heißt - die Bestimmungen gelten auch für die Ölstaaten:

5 “In der Zahlungsbilanz, über die afrikanische Staaten ganz so wie alle anderen modernen  
Souveräne verfügen und an der sie Mehrung und Gefährdung des nationalen Reichtums  
ablesen, erscheinen die Rohstoffe des Landes in der Regel zwei bis vier mit 90% aller Ak-  
tiva - als Handelsgüter, als reguläre Waren mit bestimmten Preisen. Dennoch  
10 unterscheiden sie sich nicht bloß stofflich von den Waren, mit denen kapitalistische  
Nationen ihren Außenhandel bestreiten. Deren Exportgüter entstammen nämlich einer  
Produktion für ein im eigenen Lande vorhandenes zahlungsfähiges Bedürfnis; ihr Verkauf  
ist ein Mittel, Gewinne zu machen; und aus diesem Grunde wird ihre Erzeugung vermehrt  
und Ausschau nach günstigen Produktions- und Verkaufsbedingungen gehalten. Der  
15 Produktionspreis der nationalen Produkte wird mit dem ausländischer Produzenten  
verglichen, und als exportierter Überschuß auf Grund eines konkurrenzfähigen  
Produktionspreises sind diese Waren die stofflichen Mittel einer nationalen Ökonomie, den  
Reichtum anderer Nationen in den Fortgang ihrer Akkumulation als neue Bedingung  
miteinzubeziehen.

15 Genau davon kann bei den Exportartikeln der afrikanischen Staaten nicht die Rede sein.

Die Bodenschätze und landwirtschaftlichen Rohstoffe, mit denen sie auf dem Weltmarkt  
auftreten, treffen im eigenen Land teils auf überhaupt kein Bedürfnis, teils - soweit sie für  
die individuelle Konsumtion der Landesbewohner oder ihren Bedarf an Gerätschaften für  
ihre Produktionsweise in Frage kämen - auf keine zahlungsfähige Nachfrage, sind also gar  
20 nicht die stofflichen Mittel einer nationalen Zirkulation. Ihre Erschließung und Förderung  
bzw. Kultivierung und Ernte geschieht ausschließlich für - und ist daher auch in Gang  
gekommen durch - das Interesse einer ausländischen Ökonomie, die darin Mittel für ihren  
Fortgang und Fortschritt entdeckt hat und nutzen will. Auch sie stellen gewissermaßen, ihre  
Ausfuhr beweist es, einen “nationalen Überschuß” dar: aber eben nicht einen wirklichen  
25 Überschuß, der aus einer nationalen Mehrwertproduktion entspringt, sondern einen  
“Überfluß”, den man nur in Anführungszeichen als solchen bezeichnen kann, weil er  
*neben* - und dieses ‚neben‘ heißt stets: auf Kosten - jeglicher Produktion für die  
Bedürfnisse des einheimischen Wirtschaftens zustandekommt. Folglich haben sie auch  
keinen *einheimischen Wert*: keinen Produktionspreis, mit dem ihre Produzenten auf dem  
30 Weltmarkt auftreten könnten und über den ihre Produktivität sich mit der ihrer Konkurren-  
ten vergleichen würde; die Exportschlager der afrikanischen Staaten *sind nicht Ware*. Sie  
*werden* zur Ware und nehmen die Preisform an erst dann und nur dadurch, daß sie und  
wenn sie ihr Ursprungsland verlassen. Ihre *Warenform* verdankt sich dem *Willen des*  
*zuständigen Souveräns*, sich die Zulassung des Abtransports dieser Güter bezahlen zu  
35 lassen, und der *Bereitschaft* ausländischer Inhaber von wirklichem Reichtum, *dafür* zu  
zahlen.

So schreibt der Souverän eines rohstoffexportierenden Landes, um an seine Revenue heranzukommen, Listenpreise für seine Exportgüter vor, die entweder direkt seinem Handelskontor, also der Staatskasse zufließen oder als Berechnungsgrundlage für eine vom Käufer zu entrichtende Ausfuhrabgabe dienen; er verpachtet sein Land sowie  
5 Explorations- und Schürfrechte an ausländische Interessenten; er beteiligt sich an deren Investitionen, und zwar nicht mit wirklichem Reichtum, sondern mit der Verpflichtung seines ausländischen Geschäftspartners, die Fiktion einer staatlichen Kapitalbeteiligung zu akzeptieren und mit Gewinnanteilen zu honorieren; und wenn er die Dependancen einer ausländischen Firma verstaatlicht, dann findet weder Enteignung statt noch eine seriöse  
10 Finanztransaktion, sondern die Teilhabe des Fiskus an dem Reichtum, der anderswo aus den Schätzen des Landes gemacht wird, bekommt eine Rechtsform, mit der die Regierung sich explizit zu ihrer Verantwortung dafür bekennt, daß das Geschäft des ausländischen Investors kontinuierlich weiterläuft. In allen derartigen Staatsaktionen, einschließlich sämtlicher politischer Bemühungen um Absatz- und Erlösstabilisierungsabkommen mit den Käuferländern, betätigt sich der politische Wille, *nicht*: sich am Außenhandel einer nationalen Ökonomie auch noch fiskalisch mitzubereichern, *sondern*: die  
15 Verfügungsgewalt über das Land zu Geld zu machen. Und damit beweisen alle *ökonomischen* Aktivitäten der afrikanischen Staaten in Sachen Außenhandel, daß sie das ökonomische *Subjekt ihres Exports überhaupt nicht sind*.

Denn die tatsächliche ökonomische Nutzung der bereitgestellten Naturschätze: ihr Gebrauch als Mittel für die Produktion wirklichen Reichtums und damit *die* Voraussetzung dafür, daß ihre Deklaration als Ware nicht bloß ein frommer Wunsch der exportwilligen Staatsgewalt bleibt, fällt ganz auf die Seite der ausländischen Nachfrage. Nur dort findet die Akkumulation von Wert statt, die es erlaubt, ihre aus Afrika importierten stofflichen Voraussetzungen überhaupt unter die Wertform zu subsumieren; und allein gemäß der  
25 Kalkulation mit dem Kostpreis der Produktion, die die konkurrierenden nationalen Kapitale dort einander aufherrschen, setzt das Interesse an afrikanischen Rohstoffen sich in *Zahlungsbereitschaft* um. Die mit Hilfe sämtlicher Ideale des Freihandels vorgebrachte Bettelei der afrikanischen Staaten um die Erlaubnis, mit ihren Gütern auf dem westeuropäischen Markt auftreten zu dürfen, bezeugt schlagend, daß hier keine  
30 Konkurrenz um ein zahlungsfähiges Bedürfnis stattfindet, sondern das Bemühen, den eigenen Artikeln überhaupt einen Preis zu verschaffen - ein Bemühen, dessen Erfolg völlig von der Bereitschaft der kapitalistischen Nationen abhängt, die angebotenen Güter als Bestandteil der *Kosten* ihrer nationalen Akkumulation *in Kauf* zu nehmen.

Praktischer Ausdruck und Verlaufsform dieser prinzipiell gegebenen Bereitschaft sind die *Warenbörsen* für Mineralien und Naturprodukte, die nicht zufällig in New York, London und anderen kapitalistischen Metropolen zu Hause sind. Sie sind das Mittel - nicht der Rohstoffexporteure, ihre Vorstellungen über einen hinreichenden Preis ihrer Angebote zu realisieren, sondern der kapitalistischen Käufer, das Zugeständnis eines Preises für  
40 Rohstoffe gleich so zu gestalten, daß dessen Höhe sich genau nach der tatsächlichen Profitträchtigkeit ihrer Verwendung, nämlich nach dem aktuellen Stand der Konjunkturen kapitalistischer Akkumulation bemißt. In der Tat sind diese Börsen der einzige Ort in der kapitalistischen Welt, wo wirklich Ernst gemacht wird mit der bürgerlichen Ideologie, Gebrauchsgüter bekämen ihren Preis durch das Verhältnis zwischen Angebot und  
45 Nachfrage: Wo die Anbieter keine Kalkulation mit Produktivität und Profit in die Waagschale zu werfen haben, sondern bloß ihren Wunsch nach Geld, entscheidet wirklich die Zahlungsbereitschaft der Nachfrager darüber, was daraus wird. An die Stelle des Wertes, den kapitalistisch produzierte Waren in ihrem Produktionspreis *haben*, tritt da die freie *Bewertung* durch die Kundschaft..."

Für die (arabischen) Ölstaaten braucht es einen wesentlichen Zusatz, daß nämlich “die freie Bewertung durch die Käuferschaft” von einem Kartell wahrgenommen wird: die “Großen Schwestern”. Diese Ölmultis - ein britischer und sechs amerikanische - sind sozusagen die Warenbörse in Sachen Öl. Während aber an den meisten Warenbörsen ein munteres Spekulieren, 5 Unter- und Überbieten der Käufer herrscht, diese also selbst noch einmal untereinander konkurrieren, hat die Öl-“Warenbörse” die Konkurrenz um den Preis *ausgeschaltet*. Dadurch befindet sie sich in der besonderen Lage, Verkäufern und Käufern als *Monopolist* gegenüberzutreten zu können, also Einkaufs- und Verkaufspreis zu *diktieren*.

Auf Grundlage dessen dreht sich die Konkurrenz der Ölgesellschaften um Vorkommen, 10 Verkaufsmengen und Senkung der Produktionskosten, was ihnen ein zwar unterschiedliches, allen aber ein einträgliches Geschäft sichert.

Das Diktat gegenüber den Käufern ist freilich ziemlich witzlos, wenn bei denen nur ein mäßiges Interesse am angebotenen Rohstoff vorliegt; umgekehrt: So ein Monopol wird erst dann wirklich geschäftstüchtig, wenn die staatlichen und kapitalistischen Käufer auf Öl *angewiesen* sind. Dieses 15 Angewiesensein haben die Ölgesellschaften hergestellt, sie haben sich die Nachfrage *geschaffen*. Das Mittel dazu war die Vereinbarung eines *konkurrenzlos niedrigen Preises*, die absichtliche Schaffung eines *Überangebotes*, wodurch die Käufer zu “oil-addicts” werden sollten. So eine Kalkulation geht allerdings nur, wenn sie dem Interesse des “addicts” - wie bei anderen Formen der “Sucht” auch - zugutekommt: Der läßt sich von anderen Arten der Energie ja nur abbringen 20 und zu reichlichem Verbrauch von Öl anhalten, weil dessen gesicherte und günstige Zufuhr in *seiner* Kalkulationen paßt, auch und gerade in den “konjunkturell schlechten Zeiten”, in denen das Öl vorteilhaft gegen seine Konkurrenten abstach. Eine Übervorteilung oder gar einen Betrug sollte man in solchen Geschäftspraktiken nicht sehen; wenn sich ein Kapitalist leimen läßt, dann für gewöhnlich zu seinem Vorteil.

Die Ölgesellschaften hantierten frei mit Preis und Menge, was voraussetzte, daß sie in ihrem Preis nicht von den Gestehungskosten abhängig waren und die Menge vorhanden war. Sie mußten es sich *leisten* können, ihre Ware reichlich und mit einem niedrigen Preis anbieten zu können. Um eine Spekulation auf künftige Nachfrage unter Einschluß des Risikos des Ruins handelte es sich bei dieser Veranstaltung sicher nicht, vielmehr war schon ein Zustand erreicht, der den Kostpreis 30 ins Reich des Unerheblichen verwiesen hatte und die massenhafte Förderung zur Selbstverständlichkeit hatte werden lassen.

Ihren historischen Ausgangspunkt hat diese Praxis im *heimischen* Geschäft der US-Firmen. Die Ölindustrie entwickelte sich dort als Bestandteil der kapitalistischen Akkumulation. Ihr profitables 35 Mitmischen befähigte sie zu einem Preis, zu dem alle Welt gern das US-Öl kaufte und der die USA zum größten *Ölexporteur* werden ließ. Bis zur Mitte des Jahrhunderts lautete die Preisformel “Golf plus Fracht”: Nirgends sollte Rohöl billiger zu haben sein, als es dem Gestehungspreis an der Südküste der USA, zusätzlich der von dort aus theoretisch anfallenden Frachtspesen, entsprach. Ihre Überschüsse verwendeten die US-Firmen zur Exploration der Ölvorkommen in allen Weltgegenden, die sich wegen niedrigerer Produktionskosten anboten.

Der endgültige “Durchbruch” des Öls und diese weltweite Explorationstätigkeit gehen Hand in Hand: Mit jeder neu erschlossenen Quelle erweiterte sich der Spielraum der Multis für eine Preis-

kalkulation gänzlich losgelöst von den eigenen Produktionskosten - und um so nachdrücklicher machte sich die Wucht ihres Angebots bei der Käuferschar bemerkbar. Am Preisdiktat, das aufgrund seiner außerordentlichen Günstigkeit niemand auffallen wollte, änderte sich nur die Berechnungsweise: Weltweit maßgeblich wurde der New Yorker cif-Importpreis, also ein den Transport nach New York und die Versicherungskosten einschließender Preis, der so berechnet war, daß das Geschäft der US-Gesellschaften mit ihrem einheimischen Öl keiner Preiskonkurrenz durch Zufuhren von auswärts ausgesetzt war.

Der *Vergleich*, den sie zwischen *ihren* Ölquellen in aller Welt anstellten, durfte also nicht darauf hinauslaufen, daß die Exxon-Ausland der Exxon-USA auf dem US-Markt Konkurrenz machte, geschweige denn, daß sich irgendeine Nicht-US-Gesellschaft breitmachte. Der New Yorker *Mindestpreis* sicherte die Rentabilität der US-Ölquellen und blieb trotzdem für die ganze Welt ein *Niedrigpreis*; daß die darinsteckenden Gewinnspannen immer größer wurden, machte gerade die Schönheit aus. Die "Sonderleistung" an die nationale Ökonomie dieses einzigen Ölstaates, der die Ölquellen (fast) der ganzen Welt unter Kontrolle hat, weil er eben *kein* Ölstaat ist, sondern die vorherrschende kapitalistische Volkswirtschaft, besteht in der *Unabhängigkeit* des amerikanischen Ölpreises vom Weltmarkt. Die USA sind zum größten *Ölimporteur* geworden, ohne die heimischen Preise dem Weltmarktniveau anzugleichen. Darüber wacht der Staat gesetzesmäßig, indem er Höchstpreise vorschreibt. Der Schaden für die US-Gesellschaften hält sich aber sehr in Grenzen, da ihnen einerseits ein stabiler, riesiger Binnenmarkt gesichert ist, der wiederum Basis ihres weltweiten Geschäfts ist; andererseits finden sie auswärtige "Kompensation" genug vor.

Im Zweifelsfalle, wenn die Kluft zwischen US-Preis und Weltmarktpreis gar zu groß wird, subventioniert der Staat den heimischen Niedrigpreis: So Präsident Carter auf dem Höhepunkt des OPEC-Preises, als er den Konzernen Importsubventionen anbot, auf daß Öl weiterhin billig und reichlich in die US-Wirtschaft einfloß. Die erzürnte Klage seiner westlichen Freunde, er würde sich damit nur als zusätzlicher Preistreiber aufführen, ließ ihn völlig ungerührt.

### ***Die politische Grundrente: Unkosten der Multis***

In dem Maße, wie die "Großen Schwestern" die US-Produktion auf die ganze Welt ausdehnten, wurden Staaten, in denen es Öl gab, zu Ölstaaten. Ihr Einkommen verdanken sie dem, daß ihnen die Ölgesellschaften für das Schürfen des Öls aus dem Grund und Boden dieser Staaten einen Tribut zahlen - der ist ein Posten in den Bilanzen der Multis.

Dem Eigentümer einer Ölquelle in den USA - der kann der Multi selbst sein - steht eine Grundrente für die Benutzung seines Bodens zu. Das Eigentum über eine natürliche Produktionsbedingung, die immobil und nicht künstlich zu ersetzen ist und von dem wegen des Eigentumsrechts die anderen Kollegen Eigentümer ausgeschlossen sind, berechtigen den Grundeigentümer wegen seines Monopols über seinen Boden und ohne auch nur einen Handschlag Arbeit einsetzen zu müssen, vom Gewinn des Unternehmers, der seinen Boden kapitalistisch nutzt, einen Teil einzustreichen. Die Höhe dieser Grundrente hängt dann von der Konkurrenz der industriellen Kapitalisten um diese natürlichen Produktionsbedingungen ab und von der Konkurrenz zwischen Kapitalist und Grundeigentümer. Je größer die nachfragende Konkurrenz nach produktiver Nutzung seines Bodens, desto mehr Rente kann der Monopolist für

seinen Eigentumstitel verlangen. Seine Schranke hat der Grundeigentümer aber darin, daß für den industriellen Kapitalisten nach Abzug der Rente vom Gewinn eine Differenz übrigbleiben muß; sonst bleibt der Boden ungenutzt und trägt keine Rente.

5 Ein Bodenmonopol in einem Ölland gibt es im *ökonomischen* Sinne aber nicht, da eine Gesellschaft von kapitalistischen Grundeigentümern und industriellen Kapitalisten, die Grundeigentum für ihr Geschäft nutzen wollen und mit den Grundeigentümern um die Differenz zwischen Gewinn und Rente konkurrieren, nicht existiert. Das Monopol liegt ausschließlich in der *staatlichen Verfügung* über das Territorium und erhält ökonomische Geltung, wenn und *weil* sich *ausländisches Kapitalinteresse* auf den Boden richtet. Diese *politische* Grundrente ergibt sich aus dem Vergleich des politischen Willens und des Kapitalinteresses und muß sich in *Verhandlungen* erst finden lassen. Dabei hat sich das staatliche Monopol dadurch auszuzeichnen, daß es dem auswärtigen Interesse nicht störend in die Quere kommt, nur so kann es um *Berücksichtigung* nachkommen. Ein eigenes Interesse gegen die Interessenten geltend machen könnte der Staat nur, wenn er die ökonomischen Mittel zur Verfügung hätte, den natürlichen Reichtum seines Territoriums selbst zu Geld zu machen. Letztlich hat er also sein "Mittel" in dem, daß die Ölgesellschaften gewillt sind, seinen Willen zu respektieren. Ihr Monopol läßt jedoch keinen Zweifel daran, daß sie - ein Ausgespieltwerden gegeneinander haben sie ausgeschlossen - den Preis, die politische Grundrente, für die staatliche Verfügung über den Boden diktieren, So ist endgültig klargestellt, daß die Multis *beide* Seiten des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage bestimmen, daß die *Spanne* von ihnen definiert wird.

15 An der prinzipiellen Abhängigkeit hat sich auch dadurch nichts geändert, daß die Ölstaaten in die Förderung mit eigenen nationalen Gesellschaften eingestiegen sind: Der Eintrittspreis war allemal eine abgesicherte Beteiligung der Gesellschaften, die sie aufgrund ihrer Marktmacht und ihrer technischen Unverzichtbarkeit - angefangen von ihrem Monopol auf wesentliches Bohrgerät, über die Tankerflotte bis hin zu den Raffinerien - erzwingen können.

25 Andererseits ist ohne die Zustimmung der politischen Herrscher aber auch nichts zu holen, und der Abwicklung des Geschäfts können stabile, freundschaftliche Beziehungen nur zuträglich sein. Der Antrag an die Ölländer beruht schließlich auf der berechneten Gewißheit, daß das Ölschürfen dort ein ausgesprochen günstiges Geschäft ist. So stellt sich regelmäßig Einvernehmen auch mit solchen Staaten ein, die von sich behaupten - oder vom Westen mit dem Verdacht belegt sind -, mit den Öleinnahmen "anti-imperialistische", "sozialistische", "islamisch-revolutionäre" usw. Vorhaben verwirklichen zu wollen. Es soll auch vorgekommen sein, daß die Multis in ihren Heimatländern als vaterlandslose Gesellen beschimpft wurden, die unverdrossen ihr Öl aus dem Boden eines Souveräns pumpen, dem der Staat gerade ein paar Feindseligkeiten anträgt.

### 35 ***Der Ölboykott: Korrektur des Monopolpreises***

Die OPEC wurde schon 1962 gegründet und blieb 10 Jahre lang so gut wie unbemerkt. Aus dem Zusammenschluß ist der Wille erkennbar, dem Nachfragemonopol einen geeinten staatlichen Willen gegenüberzusetzen - bloß ändert das nichts daran, in der *materiellen* Ausstattung der Staatsherrschaft weiterhin von den Gesellschaften abhängig zu sein. Weltweite Aufmerksamkeit erregten die OPEC-Staaten durch einen *unökonomischen* Gebrauch ihres politischen Monopols,

nämlich mit dem Ölboykott 1973. Sie wollten das Öl als politische Waffe in ihrer Auseinandersetzung mit Israel gebrauchen. Unökonomisch daran ist, daß sie - nicht um der Erhöhung ihrer Einkünfte willen - quasi in einen Streik traten, mit der für einen Streik üblichen Konsequenz, auf Einkünfte (vorläufig) zu verzichten. Daß daraus eine *Preissteigerung* resultierte, verdankte sich den Kalkulationen der Gesellschaften. Die Drohung der Ölstaaten hätten sie ja leicht blamieren können, indem sie den Ölausfall durch Einschleusen zusätzlichen Öls - das so schwierig aus den sonstigen Ölfeldern herauszupumpen nicht gewesen wäre - ausgeglichen hätten. Statt dessen zogen die Multis aus der Reaktion der Nachfrager den Schluß, daß sich der jahrelang gehaltene Niedrigpreis und das damit einhergehende Überangebot *gelohnt* hätten: Der Markt war erobert und Öl als der Kraftstoff Nr. 1 kapitalistischer Volkswirtschaften etabliert. Die scharfe Reaktion der Nachfrager deckte auf, daß zum ersten Mal die Ölnachfrage das Angebot tendenziell überstieg. Die Kalkulation mit Menge und Preis war insofern aufgegangen, als die Nachfrage sich zu dem von den Gesellschaften gesetzten Preis *gebildet* hatte, also auch "preisanfällig" war. Ab sofort konnte das produzierte Bedürfnis nach Öl mit einem höheren Preis ausgenutzt werden. Die allgegenwärtige Gleichung "Umsatz = Menge x Preis", bislang zielbewußt entlang des ersten Faktors gewinnträchtig aufgeblasen, bot den zweiten Faktor geradezu zur Ausnutzung an - und steckte in der "alten" Betrachtungsweise noch der kleine Mangel, daß die Menge sozusagen das Zugpferd sein und den zurückhaltenden Preis mitziehen mußte, so waren nun beide Seiten bestens geregelt, da an ein Absinken der Menge vorläufig ja nicht zu denken war, im Gegenteil. Das Hochsetzen des Monopolpreises - von einer sehr zögerlichen Auslieferungspolitik und einer öffentlichen Beteuerung knapper Kapazitäten unterstützt - vervielfachte nicht nur schlagartig die Erträge der bestehenden Ölfelder; auch die ins Stocken gekommene Exploration konnte wieder aufgenommen werden, da die bei dem niedrigen Monopolpreis nicht kostengünstig aufzubohrenden Felder nun in den Bereich der Rentabilität gerieten. Die paradisischen Geschäftszustände vor dem Ölboykott machten den Übergang in das Dorado der "Ölknappheit", woran durchaus auch die Ölstaaten beteiligt wurden. Die Feststellung, daß der Marktpreis nicht mehr mit dem tatsächlichen Verhältnis von Angebot und Nachfrage übereinstimmte, wofür sie sich mit ihrer politischen Aktion verdient gemacht hatten, und das Bedürfnis der Gesellschaften, rasch neue Felder in Betrieb zu nehmen, bescherte ihnen deutlich wachsende Einnahmen. Die stellten zwar auch wieder nur einen Bruchteil des zusätzlichen Dollarbetrags pro barrel dar, wurden ihnen aber auch ohne großes Hin und Her gewährt: Die Verhandlungsspanne hatte sich für die Ölgesellschaften drastisch erhöht, und die Marktstrategie einer sorgfältig geplanten Ausweitung der Ölzufuhr - die den neuen, hohen Monopolpreis nicht gefährdete, sondern ausnutzte - wurde in Angriff genommen.

Den Ölstaaten entstanden freilich moralische Unkosten ungeahnten Ausmaßes. In den kapitalistischen Staaten gerieten sie in den Ruf dreister Potentaten, die "unsere Abhängigkeit vom Öl" schamlos ausnutzten, und ihr wachsender Staatsreichtum schien dafür jedermann ein schlagender Beweis. Im Zusammenhang damit bekamen auch die Multis ihr Fett ab, mußten sich ihre internationale Tätigkeit als un-national vorhalten lassen. Eine *staatliche* Feindschaft gegen die zwei Subjekte des Ölgeschäfts kam aber nicht auf: Dafür wissen Staatsmänner zu gut, welche herausragende Stellung die Ölmultis in der kapitalistischen Reichtumsproduktion einnehmen und welche gute politische Freunde man in den Ölstaaten - mit verschwindenden Ausnahmen - hat.

Die Handhabung der “nationalen Ölversorgung” wurde den Multis denn auch von den Staaten nicht bestritten; sondern nur um den Zusatz erweitert, daß ein Staat dazu verpflichtet sei, bei ihnen vermehrt mit einzusteigen, um das gütliche Einvernehmen zwischen nationaler und geschäftlicher Verwaltung der Ölzufuhr langfristig sicherzustellen.

5 Gegenüber den arabischen Ländern ließ die Einsicht nicht lange auf sich warten, daß sich deren politisches Gewicht und ihre ökonomische Bedeutung für den Westen vergrößert habe und deswegen um so mehr zu benutzen sei. Insbesondere für Saudi-Arabien, die Führungsmacht in der OPEC, bedeutete dies eine gehörige Aufwertung: Das von den Kolonialmächten gestiftete reaktionäre Königreich, von den Gesellschaften zum größten Öllager der Welt außerhalb der USA  
10 ausgebaut, machte seinen “mäßigen Einfluß” gegenüber den arabischen Hitzköpfen geltend - immer eine ziemlich unverhüllte ökonomische Erpressung, die sich schon während des Öl-boykotts insofern bemerkbar machte, als Saudi-Arabien Übertreibungen mit dem Hinweis auf seine Kapazitäten abblockte - und sah sich aufs schönste durch das Wohlwollen der imperialistischen Mächte belohnt. Die Saudis dürfen mittlerweile nicht nur in den Schaltzentralen der 3.-Welt-Betreuung mitmischen - und zahlen -, sondern auch und erst recht in der militärischen  
15 Abteilung haben sie rasant zugelegt. Man hat ihnen erlaubt, ihr Geld in modernstes Kriegsgerät zu stecken und sich zu einem Bollwerk gegen den Iran und die südliche Sowjetunion aufzurüsten. So hat der Westen mit den Saudis jetzt auch noch eine zuverlässige strategische Einsatztruppe vor Ort, die Europa und den USA “ihre” Ölfelder sichert.

## 20 ***Der “Ölschock” und seine zweckmäßige Anwendung***

Hinsichtlich der internen Reaktion der kapitalistischen Staaten auf den gestiegenen Ölpreis ist klassenmäßig zu unterscheiden. Zwar wird von den obersten Instanzen eine unterschiedslose nationale Betroffenheit ausgerufen, aber die Vorstellung, die “Ölrechnung” müsse aus dem  
25 Einkommen “unserer Volkswirtschaft” bezahlt werden, jenes würde also entsprechend geschmälert stimmt nur für den Teil der Bevölkerung, für den das Öl *kein* Geschäftsartikel ist - und das wird für diesen Bevölkerungsteil auch immer wieder propagandistisch aufbereitet. Der Arbeiter, der für jeden Liter Benzin oder Heizöl einiges mehr zahlen muß, wird tatsächlich ärmer. Er beherrscht nämlich die einfache Kunst des Überwälzens deswegen nicht, weil sie  
30 ökonomisches Vorrecht der Kapitalisten ist: Zwar bestünde für ihn, bei eh schon knapper Lebenshaltung, Grund genug, die Minderung seiner Kaufkraft auf der Einkommensseite wieder einzufordern, und zwar ohne Rücksicht auf das in den Betrieben eingerichtete Lohn/Leistungsverhältnis - aber diese Übung ist eigentlich nie in Mode gekommen. Statt dessen herrscht hier die Kunst, den Gürtel enger zu schnallen bzw. weniger einzuheizen. Die tröstliche  
35 Ideologie hierzu nennt sich “Ölknappheit” und verwandelt die Preis kalkulationen der Anbieter, die man schmerzlich zu spüren kriegt, in ein umfassendes Naturphänomen, dem die Menschheit ohne Ansehung der Klassen unterworfen ist. Diese Ideologie hat das Bewußtsein für die “Endlichkeit der Welt” mächtig geschärft und außerdem für die allgemeine Bescheidenheit angesichts der “natürlichen Beschränktheit unserer Ressourcen” einiges geleistet. Zur  
40 *Demonstration* dessen taten autofreie Sonntage gute Dienste, und niemand störte sich an der gleichzeitigen Verlautbarung, daß die tatsächliche Benzinersparnis absolut läppisch war. Unzählige Wissenschaftleridioten - allen voran ein gewisser “Club of Rome” - haben in

haarkleinen Studien abgeleitet, wann spätestens der Ofen aus ist und die letzte Glühbirne abgeschaltet werden muß - derweil die Multis fröhlich ihre Dollars scheffelten.

5 Das Kapital hingegen weiß, daß diese "Knappheit" sich in eine Kostenkalkulation auflöst. Mit dem teureren Öl, das da in die Produktion eingeht, stellt sich zunächst einmal nur das Problem, wie der *erhöhte Kapitalvorschuß aufzubringen* ist und ob er sich *realisieren* läßt. Wenn ein Wertteil seiner Ware sich verteuert, denkt ein Kapitalist deswegen noch lange nicht daran, auf einen entsprechenden Teil seines Profits zu verzichten. Vielmehr fordert er die erhöhten Kosten im Verkaufspreis wieder ein. Mag das Öl auch eine wichtige Bedingung seiner Produktion sein, so geht er doch mit ihr eben wie mit *einer* Bedingung um - seinen Produktionsprozeß wirft das nicht über den Haufen. Hier tun sich *Unterschiede* zwischen den Kapitalisten auf. Diejenigen, die sich des Öls besonders eifrig bedient haben, haben beim Aufbringen des vorzuschießenden Kapitals naturgemäß mehr Schwierigkeiten als die, die diesen Stoff weniger benötigen. Dadurch verändert sich aber nur das bis dahin bestehende Preisgefüge zwischen den Sphären des Kapitals, was zwar zu bewegten Klagen dieses der jenes Kapitalisten führt, für das Kapital insgesamt aber nur bedeutet, daß sich mit den Produktionskosten auch die Preise erhöhen. Eine absolute Schranke hat diese Generalpreiserhöhung an der Armut des Proletariats, von dessen Zahlungsfähigkeit ein Teil unwiderruflich und dauerhaft an die Ölgesellschaften geht - aber die sind doch wohl auch eine Kapitalfraktion; dieser Teil macht sich zunächst bei der Konsumgüterindustrie als ausleibende Nachfrage bemerkbar.

20 Was den Umgang mit dem verteuerten Kapitalvorschuß angeht, so ändert sich am üblichen Verfahren nichts, bloß weil das Ding Öl heißt: Der Kapitalist betreibt eine Reform seiner Produktion gegen die Konkurrenten und läßt das verteuerte Produktionsmittel in seinem Wertanteil sinken - er ersetzt das Öl durch andere Energien und/oder senkt die Energiezufuhr absolut. Eine (Stück-)Kostensenkung geht einher mit *vermehrtem* Kapitalvorschuß zum Zwecke der Rationalisierung und Produktivitätssteigerung, also mit dem anvisierten Ziel, den Kapitalvorschuß auf größere Warenmasse zu verteilen und zu Preissenkungen *ohne* Profiteinbuße imstande zu sein.

30 Das Resultat war eine *Sortierung* der Kapitalistenwelt, die sich den Namen "Ölkrise" zugezogen hat. Damit sollte behauptet sein, die Frechheit der Ölscheichs habe unsere schöne Volkswirtschaft geschädigt. Erstens aber kann eine von außen veranlaßte Einschränkung der zahlungskräftigen Nachfrage beim Konsum keine Krise verursachen. Dafür muß schon eine andere Voraussetzung gegeben sein, nämlich überschüssiges Kapital, das keine Anlage mehr findet, heißt: hinter den erreichten Verwertungsstandard zurückfällt; dies drückt sich darin aus, daß der Kredit zunehmend für unproduktive Unternehmungen bzw. für reinen Zahlungsaufschub beansprucht wird, Schwierigkeiten bei der Realisierung des Warenwerts und Zurückhaltung der Banken also zusammenkommen; in einem Wort: Es herrschte *Überakkumulation*, die nicht zuletzt aufgrund der günstigen Ölzufuhr zustandekam - in dieser Situation mag der gestiegene Ölpreis so etwas wie ein letzter Schubser gewesen sein, mehr aber auch nicht. Zweitens umgibt das Gerede von der "Ölkrise" diese Krise mit einer Aura der Außergewöhnlichkeit, die das ganz Gewöhnliche an ihr weglügen möchte: daß nämlich hin und wieder Entwertung von Kapital ansteht, damit dann auf um so höherer Stufenleiter weiterproduziert wird.

Spätestens ab 1975 war "Energiesparen" der große Schlager. Dafür verließ sich der Staat natürlich nicht auf den guten Willen und auf Aufkleber ("Ich bin Energiesparer"), sondern zog systematisch die Steuerschraube an. Der Verweis auf die eigentlich Schuldigen im Nahen Osten war dabei so selbstverständlich unterstellt, daß niemandem ein Widerspruch auffallen wollte, wenn der Staat  
5 *seine* Preiserhöhungen bei Strom, Gas, Wasser, Benzin usw. mit durchaus eigenen Begründungen versah: Nicht die gestiegenen Energiekosten wollte er damit finanzieren, sondern überhaupt -  
"über den Preis" - den Energieverbrauch beschneiden. Um die entsprechenden Prozente ärmer gemacht, blieb den Leuten gar nichts anderes übrig, als sich entsprechend zu beschränken und  
10 andererseits darauf zu hoffen, daß sich in den Betrieben mit verstärktem Einsatz und Überstunden/Sonderschichten die eine oder andere Mark wieder hereinholen lassen würde. Das paßte so nebenbei gut mit dem zusammen, was ihre kapitalistischen Herren vorhatten.

Das eingenommene Geld brauchte der Staat fürs "Energiesparen", und zwar so, daß er es und noch einiges darüber hinaus für "alternative Energien" ausgab. Der für Atomkraft, neue Methoden der Kohleförderung oder Kohleverwandlung u.a. aufzubringende Kapitalaufwand übersteigt für  
15 gewöhnlich die Finanzkraft eines privaten Unternehmens und/oder ist ihm zu riskant. Mit staatlichen Bürgschaften versehen, sieht sich die Sache freilich ganz anders an, wird so zu einem äußerst profitablen Geschäftszweig, der (siehe KWU) bald die schönsten Exporterfolge in Milliardenhöhe pro Auftrag vorzuweisen hatte. Dabei kam eine kapitalistische Schönheit zum Tragen: Durch die Erhöhung des Ölpreises werden die neuen Energiegewinnungsverfahren erst  
20 einmal nicht im geringsten billiger - dies ergibt sich frühestens und auch da nicht sicher im Zuge der "Herstellung industrieller Reife", d.h. wenn sie in größeren Serien aufgelegt werden -, dafür aber profitabel. Schließlich werden im Kapitalismus *Preise* verglichen, von welchem Zufall, Naturumstand oder politischem Beschluß sie auch immer beeinflußt sein mögen, und danach entscheidet sich die *Nützlichkeit* eines Produktionsverfahrens. Ob die neuen Energien jemals  
25 billiger werden als das Öl, kann sehr bezweifelt werden; auf jeden Fall drosseln sie aber die Nachfrage nach Öl, umgangssprachlich: die "Abhängigkeit", und geben so einen ersten wichtigen Anstoß, daß es auch mal wieder billiger wird. Die "Abhängigkeit vom Öl" vermindert man als Staat also dadurch, daß man den Kapitalisten andere lukrative Möglichkeiten in diesem  
Geschäftszweig erschließt. Staaten *leisten* sich Zuschußbetriebe, weil sie sich von der Preispolitik der OPEC nicht beeindrucken lassen möchten. Sie wollen keinem fremden politischen Willen  
30 unterworfen sein, und zu diesem Zweck bauen sie Atomkraftwerke, experimentieren mit Sonne, Wind und Maisstengeln, importieren Öl, fördern den heimischen Kohlebergbau und importieren billige(re) Kohle aus dem Ausland, machen sich also vom Kostenargument nicht abhängig. Ein schlagender Beleg dafür ist die Reaktion der BRD auf die gerade laufende Preissenkung. Den Vor-  
35 schlag der SPD, durch eine Ölimportsteuer das alte Preisniveau aufrechtzuerhalten, den "Energiesparwillen" nicht erlahmen zu lassen und dem Staat zusätzliche Einnahmen zu verschaffen, lehnt die Regierung unter Berufung auf den "kleinen Mann" ab. Statt dessen erhöht sie den "Kohlepennig", holt sich also dieselben Milliarden (mit 4 bis 5 wird gerechnet) beim Strompreis ab, und verweist zugleich darauf, daß die heimische Kohlegewinnung und -verwertung auf keinen Fall unter dem niedrigen Ölpreis leiden dürfe. So ist auf verantwortungsvolle Weise dem "Konsumrausch" ebenfalls ein Riegel vorgeschoben, die "freigesetzte Kaufkraft" ist ohne  
40 Umwege von den richtigen Stellen einkassiert - und die Scheichs brauchen sich nicht einzubilden,

sie hätten “uns” nun wieder am Haken. Das Umgekehrte ist der Fall, mögen sie auch inzwischen mit dem Verkauf ihres Öls einen beträchtlichen Batzen Geld gemacht haben.

### **“Recycling des Petro-Dollar”: Lieferanten als Käufer**

5 Der Verwirklichung des Ideals eines nationalen Wirtschaftswachstums scheinen zumindest die  
Ölstaaten, allen voran Saudi-Arabien, ein gutes Stück nähergekommen zu sein. Doch auch die den  
kleinen Geldbeutel beeindruckenden Summen können nicht darüber hinweghelfen, daß diese  
Staaten Rohstoffländer sind und bleiben. Ihre prinzipiell unterschiedene Stellung im Vergleich zu  
10 den kapitalistischen Staaten wurde schon gleich zu Beginn des “Ölschocks” deutlich: Sie  
beteiligten sich *nicht* an der Konkurrenz der Nationalökonomien um die Wirkungen des Ölpreises,  
sondern wurden mit ihrem frischgebackenen Reichtum dafür *benutzt*. An der Produktion  
kapitalistischer Waren sind Rohstoffländer als Lieferanten einer Bedingung beteiligt, die ihren  
Preis erst *i n* der kapitalistischen Ökonomie erhält; von ihren Einnahmen kaufen sie sich diese  
Waren und gehören damit zu denen, die einem Kapitalisten Profit realisieren. Die ganze Änderung  
15 der Macht der *Ölstaaten* bestand darin, daß sie quasi als *Privatleute* mit einem dicken Portefeuille  
interessant werden, worum sich die Banken mit großer Aufmerksamkeit kümmern - ein als  
“Recycling des Petro-Dollar” bekanntgewordener Vorgang. Die fürs staatsbürgerliche Bewußtsein  
gepflegte Vorstellung, die Scheichs würden sich Stücke des Bruttosozialprodukts herauschneiden  
und in ihre Wüstenstädte tragen, mag für die Versammlung der Massen hinter der Fahne des  
20 (Wirtschafts-) Nationalismus gut sein - mit dem modernen Kreditwesen hat sie nichts zu schaffen.  
Heutzutage werden nicht mehr Goldbarren verschifft, sondern Guthaben eingeräumt: Wollen die  
Scheichs mit denen etwas anfangen, müssen sie ihre Kaufkraft eben dort gebrauchen, wo sie sie  
herhaben. Großzügig wird ihnen die Möglichkeit eröffnet, sich an kapitalistischen Unternehmen  
oder Staatsanleihen zu beteiligen, und gern gesehen ist auch, wenn sie sich mit ihren Milliarden  
25 Dollar Bewässerungsanlagen, Schulen, Ingenieurskunst und Flieger kaufen. Das “Recycling” ist  
also nichts anderes als ein Anschwellen des Kredits und damit der weltweiten zahlungskräftigen  
Nachfrage, mit eindeutiger Rollenverteilung: Die Scheichs dürfen ihr Geld ausgeben, die  
Kapitalisten konkurrieren um die gestiegene zahlungskräftige Nachfrage. Das Resultat ist ebenso  
eindeutig: Die kapitalistischen Ökonomien fabrizieren - wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg -  
30 einen weltweiten Aufschwung auf Grundlage des hohen Ölpreises; die Ölstaaten haben viel Zeug  
bei sich herumstehen und ziehen Zinsen und Dividenden aus der kapitalistischen Akkumulation,  
die sie dann dort wieder anlegen.

Die diversen Industrien, die sie sich zur Freude tüchtiger Kapitalisten gekauft haben, werden  
hierzulande nicht ganz zu Unrecht “Prestigeobjekte” genannt. Da kein innerer Markt, kein  
35 Proletariat, in einem Wort: keine kapitalistische Akkumulation bei ihnen vorfindlich ist, bleibt der  
einzige Nachfrager eben doch immer wieder nur der Staat mit seinen Überschüssen. Es entstehen  
keine Überschüsse aus Kapitalproduktion, mit denen der Weltmarkt zu beeindrucken wäre, und es  
gibt keine produktive Gesellschaft, die in Im- und Export Reichtum schafft, dessen sich der Staat  
bedienen könnte. “Prestigeobjekte” sind die Flughäfen, Hotels und Meerentsalzungsanlagen also  
40 insofern, als der Staat einerseits dem internationalen Geschäftsverkehr günstige Bedingungen  
bereitstellen will, andererseits auch in sozialer Manier seinen Leuten nützliche Dinge zukommen  
lassen will (die hierzulande belächelt werden, weil ein dem zu entlockender Ausbeutungserfolg

nicht sichtbar ist) - letztlich halt Wert darauf legt, ein "moderner" Staat zu sein. Es gibt ein paar matte Versuche, die Ertragskraft der einzig zählenden Reichtumsquelle zu steigern, indem - sind manche Produktionskosten nicht besonders niedrig? - das Öl einer Weiterverarbeitung unterzogen wird. Das ist aber eben auch nur ein "Weiter" und ändert nichts an der Abhängigkeit von dieser Reichtumsquelle.

### **Die sehr einseitigen Gesetzmäßigkeiten von Angebot und Nachfrage**

wirken recht einfach: Die Zufuhr steigt, die Nachfrage sinkt. Der hohe Preis hat unter Anleitung und Kontrolle der Ölgesellschaften neue Anbieter auf den Markt gerufen, von denen einigen das "Monopol" herzlich gleichgültig ist, der hohe Preis aber sehr recht; die OPEC selbst sah sich durch ihn zu einer Ausweitung der Produktion angehalten. Die Käufer sahen sich zu Einsparung und Substitution veranlaßt. Die Nachfrage nach Energie stieg zwar im Zuge der kapitalistischen Akkumulation, aber die Nachfrage nach Öl sank relativ (zum Teil sogar absolut) - es wird tendenziell zu einem Überangebot.

Den Ölgesellschaften bleibt das natürlich nicht verborgen. Ihr Schluß daraus ist, den hohen Ölpreis so lange wie möglich beizubehalten, da er ihnen *Kapitaleinkünfte* verschafft, die in mehrfacher Hinsicht verwendbar sind. Erstens amortisieren sich mit dem hohen Preis die hohen Investitionen schneller; gerade die teuren Anlagen pumpen mit Volldampf, um das Risiko einer möglichen Stilllegung - das vorgeschossene Kapital ist noch nicht wieder zurückgeflossen - zum Verschwinden zu bringen; das Verrotten großer Tankerflotten in norwegischen Fjorden oder auf arabischen Stränden ist ein Indiz dafür, wie gut das gelungen ist - die Pötte haben sich *gelohnt*, der Schrottwert macht noch einen kleinen Extraprofit. Zweitens *kapitalisieren* sie ihre Einkünfte vorausschauend, indem sie Konkurrenten aufkaufen. Sie betreiben Konzentration des Kapitals mit der Absicht, eventuellen (vorübergehenden) Verschlechterungen des Marktes mit gewachsener Kapitalgröße zu begegnen. Die sogenannte Fusionswelle auf dem US-Mineralölsektor während der letzten zwei Jahre ("Elefantenhochzeiten") gibt Auskunft darüber, wie die Konzerne mit einem verengten Markt rechnen - und ihn damit auch schon wieder im Griff haben. Da diese Fusionen aus strategischen Gründen durchgeführt wurden und nicht als Aufkaufen maroder Konkurrenten auf einem maroden Markt, ist es kein Wunder, daß es zu den sogenannten "Übernahmeschlachten" kam: Den Aufgekauften wäre es sehr oft genau umgekehrt lieber gewesen. (Vgl. MSZ 1/86: Glücksritter, edle Ritter und Pilotfische)

Der "Verfall des Ölpreises" ist so neu nicht, gibt es doch schon seit Jahren einen offiziellen und einen Schatten-OPEC-Preis. Wegen der Konkurrenz untereinander und wegen der Konkurrenz mit den Außenseiterstaaten bedienen sich die Mitglieder des Kartells des mehr oder minder offenen Betrugs: Sie verkaufen in gesonderten Verträgen unter dem offiziellen Preis. Die Multis treten den Anbietern als Agenten der gesunkenen Nachfrage gegenüber und wollen durch Sonderangebote überzeugt werden, wenn der eine oder andere Staat "bevorzugt" sein will. Dieser Betrug ist nicht strafbar, da nur Verstoß gegen eine freiwillige Absprache. Garant dieser Absprache ist Saudi-Arabien, auch und erst recht, wenn immer mehr Mitglieder eigene Wege gehen: Das Königreich sorgt durch Reduktion seines Ausstoßes dafür, daß die Kluft zwischen dem offiziellen Preis und den vielen Einzelpreisen nicht zu groß wird, und sieht dabei seine Einkünfte wie auch seine Reserven dahinschmelzen. Die Förderungsausfälle infolge des iranisch-irakischen Kriegs und der

Kursanstieg des Dollar kamen den Saudis zwar gelegen, konnten aber nicht verhindern, daß ihre jährlichen Überschüsse immer mehr zurückgingen. Dieser scheinbar selbstlose Gebrauch der Monopolstellung verdankte sich zum einen dem Interesse der Ölgesellschaften - die Förderung von US- und Nordseeöl wurde keinen Moment lang eingeschränkt, im Gegenteil laufend erweitert  
5 -, zum anderen einer Abwägung der Saudis selbst: Wenn sie auf eigene Kosten für den, wenn auch immer brüchigeren Zusammenhalt des Kartells sorgen, sorgen sie auch für die Aufrechterhaltung ihrer besonderen Stellung innerhalb dieses Kartells.

Wenn die Saudis nun ihre "Zurückhaltung" aufgeben, machen sie mit einem Schlag das Überangebot zum bestimmenden Faktor auf dem Markt - sie leiten mit voller Absicht den "freien  
10 Fall" des Ölpreises ein. Auf den nicht aufzuhaltenden Fall des Preises und die Verschlechterung ihrer Stellung im Lager der erdölexportierenden Staaten reagieren sie mit einer absichtsvollen Verschlechterung der ökonomischen Basis eben dieser Staaten - womit sie das Gesetz des Handelns in diesem Zirkel wieder an sich gerissen hätten. Sie nutzen ihre besondere Stellung dafür, allen anderen Mitgliedsländern die bislang geduldeten Formen der Preisfummelei ka-  
15 puttzumachen, und machen ihrerseits den Multis ein besonderes Sonderangebot: Kapazitäten, Qualität des Öls, niedrige Kosten und immer noch vorhandene Zahlungsreserven erlauben ihnen, vorübergehend so zu tun, als müßten sie auf ihre Einkünfte keine Rücksicht nehmen - natürlich mit der Spekulation darauf, bei der Neuaufteilung des Marktes besonders berücksichtigt zu werden.

Die Rückversicherung bei den Gesellschaften datiert auf Sommer letzten Jahres - seither gibt es nämlich die sogenannten "net-back-Verträge". Die enthalten eine garantierte Gewinnspanne für die Gesellschaften, unabhängig vom letztlich erzielten Verkaufspreis, belassen das Risiko des Preisfalls also gänzlich beim Erstlieferanten. Das hat den Charakter einer Spekulationsabsicherung: Solange die - absichtlich eingeleitete - Bewegung des Preises und seine Schwankungen  
25 anhalten, wollen sich die Ölgesellschaften davon einerseits nicht affizieren lassen, andererseits bei der Neufestsetzung des Monopolpreises Zurückhaltung üben. Die Zurückhaltung besteht darin, den Markt auf den neuen, "machbaren" Preis auszutesten und dies den Lieferanten gegenüber geltend zu machen - das Risiko einer Preisfestsetzung gehen sie nicht ein, sondern halten sich an ihre gesicherte Ertragsspanne, bis die Verhältnisse geklärt sind. Die mittelfristige Kalkulation der  
30 Ölgesellschaften geht darauf, daß eine Reihe unrentabel gewordener Felder geschlossen wird, das Angebot "sich zurücknimmt", der Preis wieder steigt, sich aber unterhalb des alten Niveaus stabilisiert, und das Öl zugleich seine Rolle als Energieträger Nr. 1 wieder festigt. Die notwendige Konzentration in den eigenen Reihen ist, wie erwähnt, schon eingeleitet. Dabei haben die Konzerne eindeutig ihr Monopol im Auge, das fälschlicherweise immer den OPECs angedichtet  
35 wird: Die Abhängigkeit der kapitalistischen Geschäftemacherei vom wirtschaftlichen und politischen Interesse der Förderländer wird es nie geben, sehr wohl aber die Abhängigkeit vom Geschäftsinteresse der "Multis".

### ***Nach der Legende vom "Ölschock" das Märchen vom "Wachstumsschub"***

40 Die ersten Kommentare zum Fall des Ölpreises ritten fröhlich auf der guten Kunde herum, daß ein "kostenloses Beschäftigungsprogramm" hereingeschneit sei und jeder Tankstellenbenutzer einen Batzen Kaufkraft wieder mit nach Hause nehmen könne. Nun ist dies aber auch nur die

komplementäre Ideologie zu der des “Ölschocks”, der “uns” so sehr geschadet haben soll, auch wenn sie sich mit noch so vielen Beispielen der Konsumentenfreude bebildert. Unterschlagen wird die fast schon tautologische Schlußfolgerung, daß ein Fall des Ölpreises schlicht und einfach eine ganze Abteilung der Geschäftemacherei verunmöglicht, die auf dem hohen Ölpreis aufgebaut ist. Und genau so wenig, wie letzterer eine Krise verursacht hat, genau so wenig produziert ein niedriger Preis Wirtschaftswachstum. Wenn ein Bangemann, ganz Knallbonbon des Optimismuszeitalters, vom “Wachstumsschub” faselt, so zeugt das erst einmal nur von der prahlerischen Selbstzufriedenheit eines BRD-Staatsmannes, der sich sicher ist, daß sein Kapital mit der Preisbewegung was anzustellen vermag - mit einer objektiven Aussage über das Verhältnis von Preis und Akkumulation hat das nichts zu tun. Bei den segensreichen Wirkungen des niedrigen Preises wird bevorzugt der “Kaufkraftzuwachs” angeführt. Was die Arbeiter angeht, kann man sich sicher sein, daß sich dieser “Zuwachs” schnell in den Taschen des Staates versammelt und die ganz gewöhnliche Pfennigfuchseriei des proletarischen Haushalts weitergeht - nicht zuletzt ein Verdienst der Gewerkschaften, die diesen “Zuwachs” bei den Lohnverhandlungen gebührend zu berücksichtigen wissen werden. Für die Kapitalisten besteht die vermehrte Kaufkraft zunächst nur in gesunkenen Einkaufspreisen, also auch in einem entsprechend gesunkenen Bedürfnis nach *Kredit*. Von der Seite der Kapitalrückflüsse her erzielen sie aber auch eine Freisetzung von Kapital, da weniger Kapital in den Ankauf des Rohstoffes rückgeführt werden muß. Ob sie deswegen an gewohnten Kredit aufrechterhalten und *mehr* kaufen, steht noch in den Sternen. Noch mehr steht in den Sternen, ob sie wegen des niedrigeren Einkaufspreises mehr verdienen: Sie können ja bei gesunkenem Kostpreis den Verkaufspreis aufrechterhalten, aber ob sie ihn aufrechterhalten können, ist eine ganz andere Frage. An diesem Verkaufspreis macht sich erstens die Konkurrenz zu schaffen - und die drückt, gerade weil sich die verbilligte Ölzufuhr in allen Abteilungen der Akkumulation bemerkbar macht. Zweitens müßte für den alten Verkaufspreis die entsprechende Nachfrage vorhanden sein, was wiederum davon abhängt, ob der Kredit auf altem Niveau aufrechterhalten bleibt.

Wie das ausgeht, sollen die Kapitalisten entscheiden. Aber gerade die Auskunft von der sinkenden Inflationsrate - versehen mit dem hoffnungsvollen Hinweis “Eine niedrige Inflationsrate stärkt die Gewinne” - spricht nicht allzusehr für Ausweitung der innerkapitalistischen Nachfrage: Wie soll denn eine gesunkene Inflationsrate zustandekommen, wenn nicht durch *gesunkene* Verkaufspreise? Wer dabei den Gewinn macht, wird sich noch herausstellen - keinesfalls aber *alle*.

Im internen Kapitalkreislauf der Ölgesellschaften und der ihnen verbundenen Unternehmen macht sich der neue Ölpreis so bemerkbar, daß sich neben ihren Vorräten und ihrem fixen Kapital - sofern nicht schon abgeschrieben - die Investitionen entwerten, die in Erwartung eines *dauerhaft* hohen Ölpreises getätigt werden: Lizenzen und Optionen auf erst noch zu erschließende Vorkommen, Prospektionen und Probebohrungen, Entwicklung neuer technischer Verfahren usw. usf. Konsequenterweise haben fast alle Gesellschaften schon jetzt eine Kürzung ihrer Investitionsbudgets zwischen 20 und 50 Prozent beschlossen, von den Ausrüstern nicht zu sprechen. Die Kapitalisten, die ihr Geschäft mit Öleinsparung und “alternativen Energien” machen, hüten sich natürlich auch vor größeren Investitionen, solange die Entwicklung des Ölpreises unklar ist. Hinzu kommen die Nachfrageausfälle aus den Ölstaaten selbst, aufgrund rückgängiger Einnahmen, und in diesem Falle kann man auch einige Landstriche der USA

hinzuzählen: In Texas und Oklahoma machen die kleinen Ölfirmen ("stripper wells") reihenweise ihre Bohrlöcher zu, da sie mit vergleichsweise zu hohen Produktionskosten operieren.

Entwertung von fixem und zirkulierendem Kapital und Nachfrageausfälle gehen also Hand in Hand. Die Entwertung von Kredit kann nicht ausbleiben, und die ersten sorgenvollen  
5 Kommentare werden laut. (Titelbild "Time": Good News! Cheap Oil! - Bad News! Cheap Oil!)  
Den US-Banken stehen bewegte Zeiten bevor: Die vertraute "Schuldenkrise der 3. Welt" wird um  
einiges konkreter und heißt mittlerweile nigerianische, mexikanische, arabische, venezolanische  
usw. Schuldenkrise. Da gibt es Gewinner und Verlierer - und das entscheidende Argument heißt  
wie immer: Kapitalgröße. Im inneramerikanischen Geschäft kriegt das eine große Zahl kleiner  
10 Banken zu spüren, die sogenannten "energy banks", die relativ kleine Summen in den  
Unterabteilungen des amerikanischen Ölgeschäfts verwalten.

### **Die westlichen Staaten: Geht in Ordnung!**

Aufschlußreich ist die unterschiedliche Reaktion der Staaten. Die BRD gibt sich sehr ungerührt  
15 und baut offensichtlich darauf, daß ihr Kapital von den Entwertungen vergleichsweise wenig  
betroffen ist - die alte neidvolle Begutachtung der Vorherrschaft der US-Banken in der 3. Welt  
schlägt um in eine gewisse Schadenfreude, und die Bankfritzen werden nicht müde zu beteuern,  
daß allfällige Verluste schon durch vorweggenommene Abschreibungen abgedeckt seien. Mehr  
Aufmerksamkeit findet die Tatsache, daß die Sowjetunion mindestens ein Viertel ihrer  
20 Deviseneinnahmen verliert, worunter "unsere" besonders profitablen Geschäftsbeziehungen lei-  
den könnten. Die optimistischen Berichte von der Leipziger Messe und ähnlichen Vergnügungen  
des Verkaufsgesprächs scheinen sich aber zu bewahrheiten: Die Sowjetunion ist aus  
produktionstechnischen und politischen Gründen so scharf auf die Lieferungen des Westens, daß  
sie ihre Bestellungen nicht einfach zurückschraubt, sondern den Devisenausfall durch Kredit  
25 kompensiert. Soeben ist zur allgemeinen Zufriedenheit unter Führung eines deutschen Ban-  
kenkonsortiums mal wieder eine Milliarde über den Tisch gegangen, ohne daß der Sowjetunion  
besonders harte Bedingungen aufgemacht worden wären. Wozu auch - die Fortsetzung des  
Geschäfts ist in ihrer Einseitigkeit Ertrag genug.

Der US-Staat sieht sich hingegen zu "Hilfs"maßnahmen für sein Kapital veranlaßt. Geld macht  
30 aber auch er nicht locker, er bedient sich vielmehr seiner *politischen Gewalt*. Für die gefährdeten  
Kleinbanken - immerhin 4000 sollen es sein - verfügt er eine gesetzliche Halbierung der bisher  
vorgeschriebenen Eigenkapitalbildung. Diese Kapitalzuführung, per Federstrich trägt auf den  
ersten Blick Züge (einer gewissen Leichtfertigkeit an sich; wenn aber der amerikanische Staat  
sagt, genau so wären ihm seine Banken recht, dann handelt es sich um "ordentliches" Kapital und  
35 für alle Banken, die strengeren Bestimmungen unterliegen - in erster Linie die ausländischen - um  
einen Konkurrenznachteil. Die souveräne Handhabung der Kreditgrundlagen setzt sich nach  
außen fort bzw. ist schon abgewickelt: Mit dem Baker-Plan (vgl. MSZ, 11/85, Dollar und  
"Weltschuldenkrise") ist die gesamte imperialistische Gemeinschaft für die Absicherung der  
großen Schuldenberge in die Pflicht genommen, also auch den großen US-Banken eine Garantie  
40 erteilt worden. Der Grund dafür ist nicht die besondere Sorge um die Profitabilität der einheimi-  
schen Bankenmafia, sondern die Sorge um die Stabilität des *Staatskredits*, der durch größere  
Bankenkräche in Mitleidenschaft gezogen würde. Das Fallieren der einen oder anderen Bank ist

also eingerechnet, aber Übernahmeaspiranten stehen genügend an, so daß die Wirkung solcher Pleiten nur in einer weiteren Konzentration des Bankkapitals besteht - eine durchaus erwünschte Wirkung, wie sie schon die Ölgesellschaften vorexerziert haben.

5 Die Reise des Vizepräsidenten Bush nach Saudi-Arabien ist auch nicht mit einer besonderen Fürsorglichkeit für die (kleinen) Ölgesellschaften zu verwechseln. Zwar soll Bush vor einem weiteren Verfall des Ölpreises gewarnt haben, zugleich hat er aber auch betont, daß er sich in den Ölpreis nicht einmischen will. Die Auflösung gab er selbst: Wie die heimische Ölindustrie mit dem tiefen Preis fertig wird, ist allein ihre Sache; den US-Staat interessiert der gebrauchswertmäßige Aspekt der Angelegenheit, daß nämlich die "nationale Reserve" nicht beeinträchtigt werden darf. Die Stilllegungen auf den amerikanischen Ölfeldern dürfen nicht so weit gehen, daß die je schon bestehende Unabhängigkeit der USA von Ölimporten technisch untergraben wird. Ziemlich unverhüllt wird an den Kriegsfall erinnert... Gewünscht ist also eine Stabilisierung des Ölpreises auf einem Niveau, das noch genügend amerikanische Ölquellen in Gang hält, ohne daß der Staat auf seine Gesellschaften direkt Einfluß nehmen müßte.

15 Ansonsten fällt den Amis auch nur ein - aber nicht nur ihnen -, was ihnen immer einfällt: Gibt es Schwierigkeiten beim Aufrüsten und schadet es den Russen? Die Pentagon-Ökonomen haben sich darauf geeinigt, daß der Ölpreis auch die Inflation und die Zinsen drückt, sich hinsichtlich der Staatsverschuldung eigentlich nichts ändert, aber nur zum Besseren hin. Wahr und falsch ist dabei auch ziemlich egal. Der Schaden der Russen läßt sich hingegen ziemlich genau messen:

20 "Das Weiße Haus war erfreut, als der Ölpreis (von 30 Dollar im November auf etwa 10 Dollar im Februar) hinunterrutschte. Es sah darin eine Veränderung, die die Inflation und die Zinsen herunterdrücken würde.

Der zusätzliche Druck eines niedrigeren Ölpreises auf die Deviseneinnahmen der Sowjetunion wurde darüberhinaus als strategisches Plus betrachtet." (Financial Times, 3.4.)

25 "Es gibt viel zu tun. Packen wir's an." (Esso)

Auf geht's

30